

Bis heute waren 300.000 deutsche Soldaten im Ausland  
Bis heute wurden über 100 deutsche Soldaten bei Auslandseinsätzen getötet  
Bis heute (Seit 1997) wurden 54.000 deutsche Soldaten bei Auslandseinsätzen verletzt

Bis heute werden, nach offiziellen Angaben, über 1.600 Soldaten mit posttraumatischen Belastungsstörungen aus ihren Auslandseinsätzen von Ärzten behandelt  
damit hat sich diese Zahl seit 2004 versechzehnfacht  
Bis heute, so schätzen Experten, kommt jeder zweite Soldat traumatisch belastet nach Hause.

Wer angesichts dieser Zahlen die Bundeswehr  
als einen Arbeitgeber, wie jeden anderen  
bezeichnet, der verachtet diese schrecklichen Folgen!

**Deshalb unterstützt die GEW weiterhin die Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden“. Deshalb unterstützt die GEW diese Kundgebung mit dem Motto "Die Bundeswehr - kein Arbeitgeber wie jeder andere"**  
**Und deshalb fordert die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft die ersatzlose Kündigung der erneuerten Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr vom 14.08.2014.**

#### **WARUM???**

**Mit der „Gemeinsamen Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung an den baden-württembergischen Schulen“ vom 30. Oktober 2014** akzeptiert die Landesregierung ihre besondere Verpflichtung, „die Jugend u.a. zur ‚Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe‘ zu erziehen“. In der Überarbeitung der Bildungspläne soll Friedensbildung als fächerübergreifendes Anliegen stärker verankert werden. Ihre Themen sollen fortlaufend in der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte verstärkt und insgesamt soll „die Infrastruktur für Friedensbildung ... weiterentwickelt und ausgebaut werden“.

Dass sich hier das Kultusministerium öffentlich verpflichtet hat, die Friedensbildung in Schule und Lehrerbildung nachhaltig und fortlaufend zu stärken, ist dem Engagement der GEW, Uli Jäger, dem Programme Director Friedenspädagogik Tübingen in der Berghof Foundation, dem Landesjugendring Baden-Württemberg, zehn weiteren Organisationen aus dem kirchlichen Bereich und Aktivisten der Friedensbewegung zu verdanken.

Aber auch die erneuerte Kooperationsvereinbarung räumt den Jugendoffizieren einen privilegierten Zugang zu den Schulen und zur Lehrerbildung ein. Auf diese Weise kann viel leichter für die zunehmend militärisch grundierte Außen- und Sicherheitspolitik geworben werden.

Angesichts der bestehenden Defizite in der Lehreraus- und -fortbildung in puncto „Friedensbildung“ ist auf absehbare Zeit mehr als zweifelhaft, ob Lehrkräfte den Anwerbern aus der Bundeswehr Paroli bieten können. Denn die Jugendoffiziere werden speziell für das „Themenfeld der Friedens- und Sicherheitspolitik“ ausgebildet. Ganz abgesehen davon, dass die militärischen Einsätze in der medialen und politischen Öffentlichkeit positiv beworben werden.

Kundgebung anlässlich des Bundeswehrauftritts am 24.01.2015 bei der Berufseinstiegsmesse „Einstieg Beruf 2015“ in Karlsruhe